

Einladung und Call for Contributions zum Workshop

„Demokratische Steuerung der EU-Krisen – ein Ding der (Un)möglichkeit?!“

Termin und Zeit: 14.4., 14.00 - 15.4., 14:00, Technische Universität Darmstadt

Jean Monnet Centre of Excellence „Europe in Global Dialogue“ (CEDI)

Demokratie im Mehrebenensystem der EU wird in der Regel unter der Perspektive diskutiert, ob die Union als politisches System demokratisch verfasst und entsprechend legitimiert sei. Die Debatte kreist um das sogenannte *Demokratiedefizit* der EU, wobei die Meinungen weit auseinandergehen. Unabhängig von dieser Grundsatzdebatte konstatieren wir in den gegenwärtigen Krisen der EU – der Wirtschafts und Finanzkrise sowie der so genannten „Flüchtlingskrise“ – eine Verstärkung und Zuspitzung sowohl der vorhandenen demokratischen Defizite der EU, als auch die Erkenntnis in die Grenzen der vorhandenen Abstimmungs- und Steuerungsmodi der EU.

In der gegenwärtigen Finanzkrise konstatieren wir vor allem einen Verfall der demokratischen *Praxis* in EU-bezogenen Entscheidungsprozessen: So werden wichtige Entscheidungen an demokratisch nicht oder nicht zureichend legitimierte Institutionen delegiert (IWF, EZB, ESM); einzelne Mitgliedstaaten erlangen eine übermäßige Dominanz in intergouvernementalen Entscheidungsprozessen; Regierungen verschuldeter Mitgliedstaaten werden Reformpakete faktisch aufgezwungen, womit deren Souveränität gravierend eingeschränkt wird; nationale Parlamente müssen Reformpakete ohne reale Veränderungsmöglichkeiten in beschleunigten Verfahren beschließen, womit ihre Legislativfunktion ausgehebelt wird; das europäische Parlament bleibt von der Finanzhilfenpolitik formal ausgeschlossen; und der in Wahlen und Referenden geäußerte Wille der Bevölkerung wird wiederholt ignoriert. Zusätzlich zu dem grundlegenden Demokratiedefizit der EU-Polity konstatieren wir damit gegenwärtig einerseits eine relative Entmachtung der demokratisch legitimierten Organe der EU, andererseits eine Unterminierung der demokratisch verfassten Systeme der Mitgliedstaaten. Gleichzeitig weisen die Finanzhilfen Dimensionen einer Transferunion unter den EU-Mitgliedstaaten auf. Vorschläge zur Reform zielen bislang vorwiegend auf eine Einbeziehung des europäischen Parlaments in die die Finanzhilfenpolitik ab, ggfls. durch Einrichtung einer Euro-Kammer. Die demokratiepolitische Problematik in den Mitgliedstaaten wird jedoch bislang noch kaum lösungsorientiert thematisiert.

Mit Bezug auf die Flüchtlingsproblematik zeigen sich einerseits die Grenzen einer Integration, die auf bestimmte Politikbereiche begrenzt blieb und in zentralen Kernbereichen (wie der Einwanderungs- und Asylpolitik) nach wie vor stark auf die Nationalstaaten rekurriert. Die Interessenlagen der Mitgliedstaaten in der Flüchtlingspolitik divergieren jedoch sehr stark, ebenso der Problemdruck und die Zielsetzungen der Mitgliedstaaten, und es gibt keinerlei EU-übergreifende Steuerungsmechanismen, die hier eine Einigung zwangsweise herbeiführen könnten. Andererseits, das zeigt das oben skizzierte Beispiel der neuen Steuerungsmechanismen in der Finanzkrise, verstärken stark intergouvernemental und/oder

informell ausgerichtete Steuerungsmechanismen nur die vorhandenen demokratischen Defizite der EU. Hinzu kommt, dass die Fragen zum Umgang der EU-Staaten mit Flüchtlingen sehr grundsätzliche Fragen nach den Werten und Zielen berührt, die die EU leiten bzw. leiten sollten: gibt es gemeinsame Werte der EU, soll es sie geben, wie sehen sie aus, und wie werden sie umgesetzt?

Vor diesem Hintergrund ist die leitende Frage des Workshops: Was wären Möglichkeiten, diese aktuellen Krisen durch Mechanismen und/oder Institutionen zu steuern, die erstens eine bessere demokratische Legitimation aufweisen und zweitens auch ökonomisch tragfähig sind?

Der Workshop hat zwei Ziele:

- 1) die institutionellen Konstrukte, Steuerungsmechanismen, Verfahrensweisen und Entscheidungspraktiken, die sich im Zuge der Finanz- sowie der Flüchtlingskrise herausgebildet haben, unter dem Blickwinkel demokratischer Prinzipien und Standards zu analysieren und zu bewerten.
- 2) Lösungswege und Steuerungsformen zu diskutieren bzw. zu entwickeln, die ökonomisch, sozial und auch demokratiepolitisch tragfähig sind

Bisher geplante Diskussionsteilnehmer sind:

Prof. Dr. Arthur Benz, TU Darmstadt

Prof. Dr. Michèle Knodt, TU Darmstadt

Prof. Dr. Arne Niemann, Universität Mainz

Prof. Dr. Ingeborg Tömmel, Universität Osnabrück

PD Dr. Claudia Wiesner, TU Darmstadt und Universität Jyväskylä (Organisation)

Dr. Natascha Zaun, Universität Mainz

Wir bitten um Vorschläge für weitere Beiträge, die einen oder mehrere der oben genannten Themenbereiche auf theoretisch-konzeptioneller Ebene und/oder auf der Basis empirischer Analysen bearbeiten. Beiträge, die normative Vorschläge zur Veränderung der gegenwärtigen Praxis auf der Grundlage entsprechender Analysen erarbeiten, sind ebenfalls willkommen.

Bitte beachten: Es sind sowohl Papereinreichungen als auch Vorschläge für kürzere Diskussionsbeiträge möglich, sowie die Teilnahme als Interessierte/r.

Bitte senden Sie Ihre Vorschläge für Diskussionsbeiträge bis zum 18.03.2016 an

Claudia.wiesner@staff.uni-marburg.de

Falls Sie (ohne ausgewiesenen Beitrag) am Workshop teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte bis zum 05.04.2016 per e-mail an.